

Weißrussland

Im Dezember wird ein neuer Präsident gewählt. Er dürfte wieder Alexander Lukaschenko heißen – die Opposition ist zu schwach

Andrei Sannikow

geb. 1954 in Minsk, ist Koordinator der Bürgerbewegung „Europäisches Belarus“. Er arbeitete nach einem Fremdsprachenstudium zunächst in einem Minsker Betrieb, bevor er an der Diplomatischen Akademie des sowjetischen Außenministeriums studierte und das Studium 1989 abschloss. In den Neunzigerjahren war er im diplomatischen Dienst Weißrusslands tätig, 1995/96 stellvertretender Außenminister. 1997 gründete er mit anderen die Bürgerinitiative „Charter97“. 2008 war er Mitbegründer von „Europäisches Belarus“. Im März erklärte er seine Kandidatur zur Präsidentschaftswahl am 19. Dezember 2010.

Zwei Kandidaten der Opposition: Andrei Sannikow (l.) und Wladimir Nekljajew. Die Rentner, wie hier in Minsk, waren die Stütze Alexander Lukaschenkos. Viel hängt davon ab, wie sie sich entscheiden. Fotos: reuters



„Unser Platz ist in Europa“

OPPOSITION Ein Machtwechsel ist nur mit Moskauer Hilfe möglich, sagt Andrei Sannikow. Der Oppositionelle will Lukaschenko ablösen, doch er weiß, dass sein Chance gering ist

INTERVIEW BARBARA OERTEL

taz: Herr Sannikow, viele halten die Präsidentschaftswahlen am 19. Dezember für äußerst wichtig. Sehen Sie das auch so?

Andrei Sannikow: Wir befinden uns in einer einmaligen Situation. 16 Jahre ist Alexander Lukaschenko an der Macht und in dieser Zeit hat sich nichts bewegt. Jetzt hat er es auch noch geschafft, sich mit allen Nachbarn zu überwerfen, sogar mit Russland. Außerdem hat die Wirtschaftskrise Weißrussland stark getroffen, doch die Regierung hat nichts dagegen unternommen. Nein, die Menschen haben genug und wollen einen Wandel.

Woran lässt sich das ablesen?

Die Leute stehen Schlange, um für einen oppositionellen Kandidaten zu unterschreiben. Sinnen Namen für Lukaschenko hergeben will niemand. Auch bei der älteren Landbevölkerung, die ihn bisher immer unterstützte, hat sich das geändert, auch sie will einen Machtwechsel.

Unterschriften sammeln, mit Wählern sprechen – wie machen Sie Wahlkampf?

Viel bleibt uns nicht, denn wir haben kein Zugang zu den staatlichen Medien.

Gibt es Einschüchterung?

Einer unserer Mitarbeiter wurde vier Stunden von der Staatsanwaltschaft verhört. Es gab Drohanrufe, Verhaftungen, Misshandlungen, Menschen verschwinden. Ich spreche von Verschwindenlassen, weil ein junger Mann festgenommen und der Familie nicht mitgeteilt wurde, dass er in Haft war.

Und Sie?

Mein Telefon wird abgehört. Wenn ich mich mit jemandem verabrede, sind immer schon entsprechende Personen vor Ort. Ich werde bespitzelt. Aber für eine Diktatur sind das gewöhnliche Maßnahmen.

Keiner glaubt, dass die Wahlen frei und fair sein werden. Warum treten Sie trotzdem an?

Bei uns sind keine Abstimmungen frei und fair, weder Lokal- und Parlamentswahlen noch Referenden. Deshalb interessieren sie auch niemanden. Bei den Präsidentschaftswahlen ist das anders.

Warum?

Zwar glauben die Menschen nicht daran, dass die Stimmen wirklich korrekt ausgezählt werden. Doch sie wollen am politischen Kampf teilnehmen und zeigen, dass sie Alternativen unterstützen. Das können sie am besten während der Wahlkampagne.

Warum sollten die Wähler für Sie stimmen?

Ich trete für Reformen ein, die Weißrussland den europäischen Standards annähern. Die Reformen müssen mit der Wiederherstellung der Gewaltenteilung beginnen. Bei uns herrscht ein Diktator. Wir haben kein frei gewähltes Parlament, keine unabhängigen Gerichte und keine freie Presse. Ohne das kann sich keine Gesellschaft normal entwickeln. Wenn das Land frei wird, bedeutet das Freiheit für jeden einzelnen Bürger. Das wird auch die Wirtschaft stimulieren.

Bei den Wahlen kandidieren mehrere Vertreter der Opposition. Wäre es nicht klüger, sich auf einen zu einigen?

Das hat die Opposition 2001 und 2006 getan und es ist nichts herausgekommen. Dass sich jetzt mehrere Kandidaten mit den Wählern treffen und an Diskussionen teilnehmen, wird die Menschen mobilisieren.

Die Opposition gibt doch eher ein kümmerliches Bild ab ...

Anstatt über die Zersplitterung zu reden, sollten wir uns ansehen, unter welchen Bedingungen die Opposition agiert. Ihre Führer werden umgebracht oder ins Gefängnis gesteckt. Wer sich dem Regime entgegenstellt, geht ein hohes Risiko ein. Trotzdem hat die Opposition stets die Menschenrechte verteidigt und damit gezeigt, dass es ein anderes Weißrussland gibt. Unsere größte Errungenschaft ist, dass heute keiner mehr die Unabhängigkeit des Landes infrage stellt.

Die Verschlechterung der Beziehungen zwischen Minsk und Moskau gibt viel Raum zu Spekulationen. Wo liegen die Gründe für Russlands Gesinnungswandel?

Lukaschenko ist ein Produkt Russlands. Jahrelang hat Moskau das Regime in Minsk gestützt.

Das weißrussische Wirtschaftswunder, von dem noch vor fünf Jahren gesprochen wurde, war nur ein Resultat von Zahlungen aus Russland in Höhe von mehr als 50 Milliarden Dollar. Jetzt hat die russische Regierung begriffen, dass Lukaschenko die bilateralen Abkommen nicht eingehalten hat und dass das nur unter einer neuen Führung möglich ist. Für uns jedoch ist am wichtigsten, dass russische Medien über die Fälle von Verschwundenen in Weißrussland berichten.

Dort werden aber ebenfalls Oppositionelle umgebracht, verhaftet oder sie verschwinden ...

Für mich zählt, was Russland jetzt über Weißrussland sagt. Ich als weißrussischer Politiker muss anerkennen, dass das die Situation verändert. Manchmal ist es nicht angenehm, die Wahrheit beim Namen zu nennen. Diese wird nicht immer von ehrlichen Leuten ausgesprochen. Und das, was jetzt von russischer Seite als Propaganda gegen Weißrussland eingesetzt wird, ändert nichts am Inhalt und es hat mit derartigen Fällen in Russland nichts zu tun. Dort gibt es genügend Oppositionelle und Menschenrechtler, die sich damit beschäftigen.

Der Weg zu einem Machtwechsel führt über Moskau? Haben Sie eben nicht von der Unabhängigkeit Weißrusslands gesprochen?

Russland wird immer versuchen, auf die Entwicklungen im postsozialistischen Raum Einfluss zu nehmen. Russland wird ein Machtzentrum bleiben, genauso wie Europa eines ist. Über die Gründe der Abkehr Moskaus von Lukaschenko können wir nur mutmaßen. Wir können aber von wirtschaftlichen Interessen sprechen, von dem Bestreben Russlands, Weißrussland wirtschaftlich abhängig zu machen. Wir können auch von wirtschaftlichen Interessen Weißrusslands sprechen, die vertreten werden sollten. Wir als Transitland können da auch zu unseren Gunsten verhandeln.

In einigen Berichten werden Sie als Lieblingskandidat Moskaus gehandelt ...

Ich bin Weißrusse und lebe in Weißrussland. Dass Russland seine Beziehungen zu Weißrussland geändert hat, begreife ich als Chance. Wenn das bedeutet, dass ich ein Mann Moskaus bin, dann bin ich ein solcher.

Wo sehen Sie den Platz Weißrusslands?

In Europa.

Viele Signale sind bisher nicht aus Brüssel gekommen ...

Nach ihrer Erweiterung ist die EU zum Haupthandelspartner Weißrusslands geworden, über 50 Prozent, das ist mehr als mit Russland. Europa hatte alle Möglichkeiten, um im Hinblick auf eine Demokratisierung Einfluss zu nehmen. Leider wurden sie nicht genutzt.

Trotzdem glauben Sie, dass Weißrussland mittelfristig Mitglied der EU werden kann. Ist das nicht unrealistisch?

In Weißrussland ist genug Potenzial vorhanden, das Land europäischen Standards anzunähern. Dieser ganze Prozess muss sich natürlich unter Beibehaltung einer strategischen Partnerschaft mit Russland vollziehen. Ich bin davon überzeugt, dass die russische Führung zu dem Schluss kommt, dass ein europäisches Weißrussland ein besserer Partner ist als ein diktatorisches.

Der Rückhalt bröckelt

DIKTATUR Unter den elf Kandidaten gibt es nur zwei, die eine Rolle spielen könnten. Der Westen fordert freie Wahlen, Moskau rückt von Lukaschenko ab

BERLIN taz | Am 19. Dezember finden in Weißrussland Präsidentschaftswahlen statt. Bislang haben elf Kandidaten die 100.000 Unterschriften vorgelegt, die für die Teilnahme an den Wahlen erforderlich sind. Auch Präsident Alexander Lukaschenko, der seit 1994 regiert, bewirbt sich um ein weiteres, vierjähriges Mandat.

Lukaschenko wurde bereits während der ersten Amtszeit wegen seiner autoritären Politik kritisiert und gilt als „letzter Diktator Europas“. Oppositionelle und Kritiker wurden verhaftet, starben unter ungeklärten Umständen oder verschwanden spurlos. So wurde am 3. September 2010 der Begründer und Chefredakteur des unabhängigen Internetportals Charter97, Oleg Bebenin, in seinem Haus in der Nähe der Hauptstadt Minsk tot aufgefunden. Offizielle Ermittlungen gehen von Selbstmord aus, Mitstreiter von Bebenin und viele Beobachter hingegen bezweifeln das.

Die meisten weißrussischen Medien stehen unter staatlicher Kontrolle, die Berichterstattung ist einer strengen Zensur unterworfen. So ist etwa Beleidigung des Präsidenten ein Straftatbestand. Die wenigen noch unab-

hängigen Medien werden mit Gerichtsverfahren überzogen und in ihrer Verbreitung behindert, Mitarbeiter werden unter Druck gesetzt.

Wahlbeobachter der OSZE bestätigten, dass seit dem Machtantritt Lukaschenkos alle Wahlen in Weißrussland manipuliert wurden. Das gilt auch für das Referendum von 2004, bei dem sich Lukaschenko die Möglichkeit einer unbegrenzten Wiederwahl sicherte und laut offizieller Angaben fast 80 Prozent der Wähler zugestimmt haben sollen.

Bislang genoss Lukaschenko die Rückendeckung Moskaus. Das hat sich inzwischen geändert. Vor einigen Monaten starteten russische Medien einen regelrechten „Informationskrieg“ gegen Lukaschenko. Der Moskauer Fernsehsender NTV zeigte eine Dokumentation, in der Lukaschenko als Psychopath dargestellt und beschuldigt wurde, Oppositionelle ermorden zu lassen. Russlands Präsident Dmitri Medwedjew unterstellte in seinem Videoblog seinem Amtskollegen unlängst antirussische Motive. Zudem nannte er Lukaschenkos Vorwürfe gegenüber Russland bei dessen Wahlkampfveranstaltungen hysterisch.

Von den elf Gegenkandidaten Lukaschenkos dürften nur zwei tatsächlich eine wichtigere Rolle spielen. Nach Angaben von Charter97 sind dies die beiden Oppositionellen Wladimir Nekljajew und Andrei Sannikow. Der Journalist und Schriftsteller Nekljajew, Chef der bürgerlichen Kampagne „Sag die Wahrheit!“, fordert Demokratie und Pressefreiheit in Weißrussland. „Alle Lokalbehörden und Richter müssen frei gewählt werden“, fordert er. Außenpolitisch müsse das Land eine gute Partnerschaft mit Europa und Russland bilden. Der Chef der Bürgerbewegung „Europäisches Belarus“, Andrei Sannikow, verbindet die Zukunft Weißrusslands stärker mit Europa.

Außenminister Westerwelle reiste vergangenen Dienstag mit seinem polnischen Amtskollegen Sikorski nach Minsk. Dort mahnten sie bei einem Treffen mit Lukaschenko freie und faire Wahlen an. ADILYA ZARIPOVA

Der Terminkalender für engagierte Menschen

- Mitmachen
- Hingehen
- Weiterempfehlen
- neue Termine eintragen

bewegung.taz.de
www.bewegung.taz.de – die Plattform für Veränderung